

ÖGZ



Österreichischer
Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

4-5/2020



COVID-19

Europa in der Krise

SCHWERPUNKT EUROPA

Green Deal – der Mann-am- Mond-Moment?



Mit Frau Prof. Annegret Eppler im Plenarsaal des Europarates in Straßburg

Voneinander Europa lernen!

Über die Idee, mithilfe grenzüberschreitender Bildungsprojekte sowohl die Lösungskompetenz künftiger EntscheidungsträgerInnen als auch die zwischenstaatliche Verbundenheit innerhalb Europas zu stärken

In Vielfalt geeint“ ist nicht nur seit dem Jahr 2000 das offizielle Motto der Europäischen Union, sondern ebenso der vielleicht wichtigste Leitgedanke des gesamten Integrationsprojekts. Es verkörpert die Idee gelebter Verschiedenheit bei gleichzeitiger Bekräftigung eines allgemeingültigen Wertekanons, wobei letzterer in Artikel 2 des geltenden EU-Vertrags durchaus treffend präzisiert wurde: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus,

Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Die innerhalb Europas in der Praxis oft sehr unterschiedliche Auslegung dieser gemeinsamen Normen wird jedoch meist nur durch die Brille des eigenen politischen Systems analysiert und entsprechend an Maßstäben gemessen, die der historischen und kulturellen Vielfalt der Mitgliedstaaten kaum gerecht wird. Eine intensivere Vernetzung unterschiedlicher politischer AkteurInnen und Entscheidungsebenen kann nicht nur neue Lösungswege für die Herausforderungen des europäischen Mehrebenensystems aufzeigen, sondern vor allem auch mehr Verständnis, Toleranz und Verbundenheit erzeugen!

In Vielfalt vereinsamt?

War die europäische Integration in den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts vor allem ein ambitioniertes Friedensprojekt, welches sich durch die wirtschaftliche Annäherung vormaliger Erzfeinde langsam aber stetig verfestigte, so ist sie spätestens in den 90er-Jahren mit der stark zunehmenden politischen Vertiefung dann ebenso im zivilgesellschaftlichen Diskurs angekommen. Die Ablehnung des Verfassungsvertrages im Jahr 2005 durch die EWG-Gründerstaaten Frankreich und die Niederlande oder der gerade vollzogene Brexit sind nur die offenkundigsten Belege einer insgesamt sehr begrüßenswerten Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Europa wir EuropäerInnen eigentlich konkret leben möchten. Was



Mit Studierenden der Hochschule Kehl im Europäischen Parlament in Straßburg

jedoch bis zum heutigen Tage fehlt, ist und bleibt die Antwort auf die Frage eines gemeinsamen Integrationsziels sowie einer europaweit akzeptierten „technischen Übersetzung“ der zumindest theoretisch geteilten Solidaritäts- und Gleichheitsversprechen. Ein radikaler Rückbau in Richtung vollständig souveräner Nationalstaaten scheint jedenfalls aktuell in etwa gleich (un)wahrscheinlich wie die Vorstellung von „Vereinigten Staaten von Europa“. Beiden genannten sowie allen dazwischenliegenden Ansätzen wohnen spezifische, allseits bekannte Argumentationsmuster inne, deren vielleicht einzige Gemeinsamkeit in einer Ausgangsfrage liegt, welche ihrerseits bzw. allein schon aus humanistischen Gesichtspunkten reformuliert werden müsste: Anstatt zu fragen, „welchen Mehrwert ein gemeinsames Europa für das eigene Heimatland“ habe, könnte man doch eigentlich viel gewinnbringender erfragen, „wie der eigene Staat bestmöglich im Interesse eines gemeinsamen Europas handeln sollte“. Genau dieser Perspektivenwechsel fällt vielen jedoch – aufgrund einer von Kindheit an erlernten, priorisierten Identifikation mit der eigenen Nation – bis heute schwer. Tatsächliche Verbundenheit mit der EU und deren Grundwerten kann aber offenkundig nur dann entstehen, wenn die eigene Art zu leben und gesellschaftliche Probleme zu lösen mit allen anderen AkteurInnen geteilt, gemeinsam diskutiert und letztlich von allen Seiten respektiert wird.

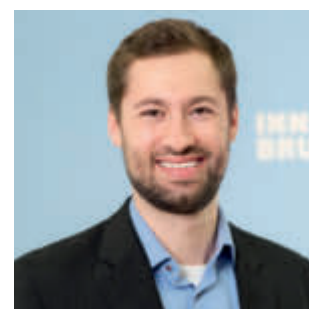
Jedes Projekt zählt

Diese Überlegungen sind natürlich nicht neu, scheinen aber – in den Tagen der politischen Neuordnung zwischen Festlandeuropa und den Britischen Inseln bzw. den vielerorts erkennbaren Bestrebungen zur Konstruktion „illiberaler Demokratien“ mittels „postfaktischer Politikvermittlung“ – wichtiger denn je.

Umso spannender und erkenntnisreicher war es deshalb für mich, einer Einladung der EU-Rechts- und -Integrationsexpertin Prof. Annegret Eppler an die „Hochschule für öffentliche Verwaltung“ in Kehl (DE) zu folgen, um dort einem versammelten Jahrgang Bachelorstudierender im Rahmen einer Vortragsreihe den österreichischen Blick auf Europa – oder zumindest ein theoriegeleitetes Narrativ desselbigen – näherzubringen. Ausgehend von der Darlegung einiger grundlegender Determinanten des österreichischen politischen Systems versuchte ich, dabei einen möglichst runden Überblick über die wichtigsten Institutionen, Prozesse und Gesprächsforen österreichischer Europapolitik zu skizzieren. Auf Wunsch der Veranstaltungsleitung und angesichts der an der Hochschule vermittelten Ausbildungsinhalte lag das Hauptaugenmerk dabei vor allem auf den vielfältigen Ausprägungen kommunaler und regionaler Interessensaggregation hinsichtlich der Formulierung gemeinsamer Interessen gegenüber den supranationalen Entscheidungsgremien in Brüssel und Straßburg.

Fazit

Die Bedeutung des soeben geschilderten Projekts hat dabei zumindest zweierlei Entsprechung. Erstens kann es im Einklang mit den zu Beginn dieses Beitrags erläuterten theoretischen Überlegungen als sehr positives Zeichen für die europäische Idee gewertet werden, wenn sich PolitikerInnen, Verwaltungs- oder Bildungseinrichtungen im Ausland ohne speziellen Anlass für die politischen Einrichtungen und Prozesse ihrer geografischen Nachbarn interessieren. Sofern derlei Foren zu beiden Seiten hin geöffnet werden und idealerweise dauerhaft offen bleiben, wird dies nach einem gewissen Zeitraum des Kennenlernens in jedem Falle Vertrauen, gegenseitiges Verständnis sowie neue Handlungs- und Lösungsoptionen für gemeinsame Problemlagen eröffnen. Zweitens – und hier abschließend – sind es gerade erfolgreiche Bildungseinrichtungen wie jene in Kehl, in denen die nächsten Generationen an EntscheiderInnen in Politik und Verwaltung ausgebildet werden. Die Förderung und der gegenseitige Austausch von Ideen – stets unter Rückgriff auf die besonderen eigenen Erfahrungswerte – können somit wohl als eine der besten Investitionen angesehen werden, die man zum Wohle aller europäischer Kulturen und Völker überhaupt tätigen kann!



MICHAEL C. WOLF

Universität Innsbruck
Center for European
Research (ICER)
www.icer.at